

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Der Kaiser hat am Dienstag den Reichskanzler und den Marine-Staatssekretär Hollmann zu Vorträgen empfangen, nachdem er tags zuvor mit Fürst v. Marschall konferiert hatte. Es scheint, daß die endgültige Ablehnung der Forderungen für Schiffsbauten und die dadurch bezeichnete politische Lage den Anlaß zu diesen Konferenzen gegeben hat.

*Die kaiserliche Entscheidung über das Entlassungsgesuch des Staatssekretärs Hollmann soll, wie die Staatsb. Ztg. erfahren haben will, nunmehr gefallen sein. Der Kaiser habe das Gesuch unter der Versicherung seines unerschütterlichen Vertrauens und unter Worten wärmster Anerkennung abgelehnt.

*Wie aus Friedrichsruh berichtet wird, befindet sich Fürst Bismarck auf dem Wege der langsamen Besserung. Er steht bereits zeitweise auf und geht im Zimmer spazieren. Geheimrat Schwening ist von Friedrichsruh abgereist.

*Das Ausschließen einer allgemeinen Amnestie (wenigstens in Preußen) wird noch immer in der Presse behandelt. Eine Ueberfüllung der Gefängnisse soll eine der vielen Folgen sein, da jeder natürlich die Möglichkeit des Strafausschubs bis zum 22. März ausgenutzt habe. Die Rhein. Westf. Ztg. bemerkt zu der Frage, daß eine sehr weitgehende Amnestie erst am 18. Januar 1896 erfolgt ist, d. h. vor wenig mehr als einem Jahre aus Anlaß der Wiederkehr der Neuerrichtung des deutschen Kaiserreichs. Es entspreche nicht den Traditionen der preussischen Krone, umfassende Amnestieerlasse innerhalb so kurzer Frist zu wiederholen, da durch eine so häufige Wiederholung Wert und Bedeutung einer Amnestie als eines besonders schönen Vorrechts der Krone erheblich herabgedrückt werden würde.

*Die Rhein. Westf. Ztg. erklärt, sie sei zu der Erklärung ermächtigt, daß das Gericht, die Firma Krupp habe mit einem Konsortium den Bau der von Reichstage abgelehnten Kreuzer für eigene Rechnung übernommen, nicht zutreffend sei.

*Die Beratungen über die Umgestaltung des preuß. Medizinalwesens beginnen am 3. Mai. Es wird geplant, den Kreisarzt als vollbesoldeten unmittelbaren Staatsbeamten anzustellen, der Gehalt nebst Wohnungsgeldzuschuß erhalten soll; die Ausübung der Privatpraxis soll ihm nicht gestattet werden. Neben dem Kreisarzt sollen von der Justizverwaltung besondere Gerichtsärzte angestellt werden. Das Amt des früheren Kreiswundarztes kommt in Wegfall. In jeder Provinz werden für Zwecke des Gesundheitswesens eine oder mehrere Untersuchungsanstalten auf Kosten der Provinz errichtet.

*Am 30. März feierte der aus dem „Kulturkampf“ her vielgenannte frühere preussische Kultusminister, jetzige Ober-Landesgerichtspräsident Falk in Hamm sein 50 jähriges Amtsjubiläum.

Oesterreich-Ungarn.

*Die österreichische Thronrede zählt eine große Menge von Aufgaben für den neuen Reichsrat auf, die zum größten Teil für das Ausland keine besondere Bedeutung haben; doch sei im allgemeinen bemerkt, daß die Rede mitunter, so z. B. bei der Besprechung landwirtschaftlicher und sozialer Aufgaben, des Ausbaus der Rechtsgesetzgebung, der Regelung des finanziellen Verhältnisses der einzelnen Kronländer zum Reiche etc., sehr lebhaft an jegliche oder frühere gesetzgeberische Vorgänge in Deutschland anknüpft. Spezifisch österreichisch ist vor allem natürlich der Ausg. gleich mit Ungarn, der die Hauptangabe des Reichsrates bildet. Spezifisch österreichisch ist auch der wiederholte Appell an die Abgeordneten, von nationalen Gegensätzen abzusehen und durch gemeinsames Handeln im Dienste der Reichsinteressen den Boden zu schaffen, „auf dem sich die Gegner in wechselseitiger Anerkennung ihres Rechtes und ihrer Kraft versöhnen können.“

Leidenschaft und Liebe.

Roman von C. Belmar.

(Fortsetzung.)

„Rebe mir nicht von „verkaufen“ oder dergleichen,“ fuhr die Gräfin, zu Oskar gewendet, fort, „unter hundert Ehen gibt es vielleicht kaum zehn, die aus sogenannter Liebe geschlossen werden, und ob dann gerade diese zehn zu den glücklichsten zu zählen sind, das wollen wir noch dahingestellt sein lassen; die Ehe ist in den meisten Fällen nichts weiter als ein Lotospiegel, die meisten ziehen gerade da eine Nieme, wo sie einen Treffer zu machen glaubten. — Du hast an deiner Schwester gesehen, daß die Liebe allein nicht glücklich macht.“

„Galt, Mama,“ sagte Oskar, indem er abwehrend die Hand erhob, „du berührst da ein Thema, das du lieber vermeiden solltest. Deiner Tochter gegenüber hast du dich einer unverzeihlichen Härte schuldig gemacht. Wenn sie gegen dich gefehlt hat, so war ihr Fehler nicht so groß, um nicht Vergebung zu erlangen. Du bist unverzüglich geblieben, du hast deinen Galt sogar auf ihr Kind übertragen, auf die arme elternlose Waise, die nur mich und Konrad hat. Sprich nicht von der Vergangenheit und laß die Toten ruhen.“

„Wie du willst,“ sagte die alte Dame unbewegt; „meiner innersten Ueberzeugung nach habe ich recht gehandelt, deine Vorwürfe treffen mich deshalb nicht. Ich liebe Melitta nicht, das ist wahr, eben deswegen hättest du so viel Rücksicht auf mich haben können, das Mädchen anderswo unterzubringen; daß du dies nicht

*Im ungarischen Abgeordnetenhaus melde die Abgeordnete Pfarrer Kalmann einen Antrag an, in welchem die Stellung des Abgeordneten Grafen Tisza als Präsident der Industriebank, des Abgeordneten Hieronymi als Präsident der Agrarbank und des Abgeordneten Gnyeb als Generaldirektor der letzteren Bank als mit dem Abgeordnetenmandat unvereinbar erklärt wird.

Frankreich.

*In der Angelegenheit Arton hat die Kommission einstimmig beschlossen, die nachgeforderte Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung einzelner Deputierten zu erteilen.

*Arton beschuldigt 31 Parlamentarier, von denen neun tot, dreizehn nicht wiedergewählt, einer gegenwärtig Senator, sieben Abgeordnete sind, nämlich außer Maret, Boyer und Maquet, Rouvier, Jullien Goirand und Clovis Hugues. Auf die Frage, weshalb die letzten hier nicht gleichfalls verfolgt werden, entgegnete der Untersuchungsrichter, daß die Schuldbeweise für die drei Verfolgten ihm lückenlos scheinen, während sie für die vier anderen nur starke Vermutungen, doch keine sichere Ueberzeugung gestatten. Er enthalte ferner, daß eine politische Parci für die Auslieferung von Artons Schreibuch 150 000 Frank geboten habe und daß unter den Verstorbenen, die Arton beschuldigt hatte, Burdeau war. Diese letztere Enthüllung wirkt zerschmetternd. Burdeau war Finanzminister, Kammerpräsident, der persönliche Freund Casimir-Periers. Er wurde auf Staatskosten beerdigt, die Kammer bewilligte seinen Hinterbliebenen eine hohe Verforgung. Burdeau soll von Arton 75 000 Frank bekommen haben.

Italien.

*Auch bei den Stichwahlen scheidet das Ministerium gut ab. Unter den 62 Gewählten befinden sich 35 Ministerielle.

Dänemark.

*Bei der Einbringung der Apanage-Vorlage im Folketing erklärte der Führer der Linken, Christensen, die äußere Veranlassung zu der Vorlage sei die Verlobung des Prinzen Christian, die tiefere Ursache sei jedoch, daß die Volksvertreter den Wunsch hegen, der Erbgehabheit der Bevölkerung gegenüber der Familie des Königs Ausdruck zu geben.

Spanien.

*Die Insel Portorico war bis jetzt noch ein fester Besitz für Spanien und von dem Aufstande auf dem nahen Cuba unberührt geblieben. Vielleicht erwachen den Spaniern nun auch dort Schwierigkeiten. Ein Telegramm aus Portorico gibt an, daß 22 Aufständische, die einer Separatistenbande angehören, die auf der Insel erschienen war, gefangen genommen wurden. Der Rest der Bande wird lebhaft verfolgt.

*Nach offizieller Meldung aus Cuba sind die Aufständischen in der Provinz Pinar del Rio von den Spaniern geschlagen und ihr Anführer Rivara, der Nachfolger Maccos, verwundet und gefangen genommen worden.

Balkanstaaten.

*Die Ankunft des griechischen Kronprinzen bei der Armee an der Grenze soll den Zweck haben, einzuweisen die Kampfeslust der Truppen zu zügeln und das Ansehen der höheren Offiziere zu heben. Der Kronprinz ist sehr beliebt. Verwirrt wird die allgemeine Lage durch das Mißtrauen der meisten Mächte gegen die Türkei aus Anlaß der neuen Grenz in Kleinasien, durch anscheinend aufziehende Gefahren in Konstantinopel seitens der Armenier und Griechen, mehr noch seitens des türkischen Pöbels und durch die Neigung des Sultans, arg kompromittierte Persönlichkeiten öffentlich strafen und heimlich befördern zu lassen.

*Die Verhandlungen zwischen den Großmächten über weitere gemeinsame Maßregeln gegenüber Griechenland werden noch immer fortlebt, ohne bisher eine Einigung über die Frage einer Blockade griechischer Häfen

erz. zu haben. Nach wie vor scheint es England zu sein, das seine Zustimmung von Bedingungen abhängig macht, deren Annahme den andern Mächten unmöglich ist.

*Eine der Pol. Korr. aus Athen zugehende Meldung bestätigt, daß König Georg und die Königin ihre Stellungen als Chefs russischer Regimenter niedergelegt haben, mit dem Beifügen, daß dieser Schritt bereits vor einiger Zeit erfolgt sei und daß überhaupt die persönlichen Beziehungen zwischen dem griechischen und russischen Hofe gänzlich in Stockung geraten seien.

Amerika.

*In den Ver. Staaten ist zum ersten Male die bisherige milde Praxis gegenüber der von amerikanischen Bürgern versuchten Unterstützung der Insurgenten verlassen worden. Wie aus New York berichtet wird, ist Dr. Luis, der überführt wurde, eine Freibeuter-Expedition für Cuba ausgerüstet zu haben, zu 18 Monat Gefängnis und 500 Dollar Geldstrafe verurteilt worden.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erlebte am Montag den Etat in dritter Beratung. Zum Postetat wurde eine vom Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) eingebrachte Resolution angenommen betr. gleiche Behandlung der Zivil- und Militärangewandten aus dem Stande der Postassistenten bei Zulassung zum Sekretärsrang. In vorgerückter Stunde wurde noch die vom Abg. Czarlinski (Pol.) u. Gen. eingebrachte Interpellation betr. Auflösung von Wählerparlamenten im Wahlkreis Schwab, weil Redner sich in denselben der polnischen Sprache bediente.

Am 30. v. tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation der Abg. v. Czarlinski u. Gen. (Polen) betr. die Auflösung von Wählerparlamenten im Wahlkreis Schwab, weil Redner sich in denselben der polnischen Sprache bediente.

Abg. Noeren (Zentr.) gibt zu, daß zwei von den Verhandlungen nicht förmlich aufgelöst, sondern förmlich geschlossen worden seien. Im übrigen meinte der Staatssekretär, die Sache sei erledigt durch den Erlass des preuß. Ministers des Innern, die geheime Verträge nicht vor den Reichstag, sondern vor den preuß. Landtag. Es handelt sich aber um Verhandlungen, die auf Grund des § 17 des Reichswahlgesetzes zum Zweck der Vorbereitung einer Wahl abgehalten werden sollten. Deshalb gehört also die Sache unabweislich vor den Reichstag. Die polnischen Staatsbürger haben das Recht, auch ihrerseits die Vorbereitungen zu einer Wahl zu treffen und sich in ihrer Muttersprache zu verständigen. Der preuß. Minister des Innern hat dafür zu sorgen, daß polnisch sprechende Gendarmen da sind. Er könnte ja sonst die ganze Versammlungsfreiheit dadurch illusorisch machen, daß er immer nur deutsch sprechende Gendarmen in die Verhandlungen schickt. Man darf aber doch die polnische Bevölkerung nicht machtlos machen, sie nicht in eine Art von Belagerungszustand versetzen. Auf diesem Wege wird man jedenfalls mit Germanisierungsversuchen kein Glück haben.

Staatssekretär v. Bötticher hebt nochmals hervor, daß die Angelegenheit durch den preussischen Minister des Innern geordnet sei. Eine weitere Debatte über die Angelegenheit habe daher keinen Zweck. Der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom Jahre 1876, daß der Gebrauch der polnischen Sprache an sich die Auflösung einer Versammlung noch nicht rechtfertige, haben sich die Verwaltungsbehörden natürlich gefügt, aber die Entscheidung habe inzwischen dazu geführt, daß das staatliche Ueberwachungsrecht völlig illusorisch gemacht wird. Darunter leide das Staatsinteresse. Wenn man nicht gleich die Kontrolle der Gesetzgebung in Bewegung gesetzt habe, so sei das darauf zurückzuführen, daß man die Erwartung hege das Oberverwaltungsgericht werde bei erneuter Prüfung der Sache zu einer anderen Entscheidung gelangen. Falls sich diese Erwartung nicht erfüllt, so müsse man allerdings die Gesetzgebung zu Hilfe nehmen und er hoffe, daß die gesetzgebenden Faktoren alsdann ihre Weisheit zur Erzielung von Bestimmungen bieten werden, die zur ordnungsmäßigen Ausübung des Aufsichtsbereichs über Versammlungen und Vereine nötig sind.

Abg. Frhr. v. Hohenberg (Welfe) bespricht sich über die völlige Systemlosigkeit in dem polizeilichen Verhalten den Versammlungen der Deutschen Hannoveraner gegenüber. Diese werden oft schlechter behandelt, als die Sozialdemokraten. Man löse sogar Versammlungen auf, weil ein Hoch auf den Herzog von Cumberland ausgebracht werde.

Abg. Strzoda (Zentr.) tritt für das Recht

der Polen ein, sich in Versammlungen der polnischen Sprache zu bedienen. In Oberschlesien suche man auch die polnische Sprache zu unterbreiten, und man hoffe, dann um so leichter die Katholiken zu Protestanten bekehren zu können.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt, von solchen Begehren sei ihm absolut nichts bekannt, sie würden auch in einem paritätischen Staate ganz unangebracht sein. Er könne versichern, daß es dem König von Preußen und seiner Regierung absolut fern liegt, solche Bekehrungsversuche vorzunehmen zu lassen.

Abg. v. Jazdzewski (Pol.) führt an, in der einen am Montag vorgebrachten Versammlung, in Dierk, sei der Gendarm keineswegs liebenswürdig aufgetreten. Er habe geäußert, er handle im Auftrage des Amtsvorstehers. Er habe aber thatsächlich dessen Zustimmung zu der Auflösung erst später eingeholt. Die Gleichheit vor dem Gesetze scheine für die Polen in Preußen nicht zu bestehen.

Abg. Stadthagen (Soz.) sieht schon in dem Verlangen, sich einer bestimmten Sprache zu bedienen, eine Beeinträchtigung des Versammlungsrechts. Komme in einer Versammlung etwas Gefährliches vor, dann könne die Polizei ein Verfahren einleiten. Aber die Auflösung widerspreche der allgemeinen Wahlfreiheit. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß sie Beamte zur Verfügung habe, die die Sprache der Versammlung verstehen. Sie sei dazu nicht fähig, so sei das doch ein recht trauriges Zeichen für die Behörde. Eine Handhabung der Versammlungsfreiheit, wie sie in Preußen bekannt geworden sei, zeuge von einer großen sittlichen und geistigen Vernachlässigung der Beamten.

Bizpräsident Schmidt dem Redner eine Rüge wegen der letzten Aeußerung.

Abg. Pachnicke (fr. Vp.) bemerkt, daß auch in Hinterpommern Bauernparlamenten in letzter Zeit wiederholt wiederholt aufgelöst worden seien, weil sie dem Amtsvorstehere und einzelnen Großgrundbesitzern unbequem gewesen seien.

Abg. Lenemann (fr. Vp.) tritt ebenfalls für die Versammlungsfreiheit ein. Die Besuche der Behörden, mit Hilfe des Versammlungsrechts Germanisierungsversuche zu machen, sei es gegen Polen, sei es gegen Ost-Preußen, müssen in jedem Falle zurückgewiesen werden. Das sei um so notwendiger, weil eine reichsgesetzliche Regelung des Vereinsrechts einstweilen nicht zu erwarten sei und die Reform des preussischen Vereinsgesetzes in dem Punkte, in dem sie am dringendsten sei, noch immer auf sich warten lasse.

Staatssekretär v. Bötticher weist den Vorwurf zurück, als hätten die verbündeten Regierungen ihre Zusage nicht erfüllt, daß eine Korrektur des Vereinsrechts eintreten sollte. Die preussische Regierung sei allerdings mit ihrer Vorlage noch im Rückstande, sie sei aber jetzt mit der Schlussabhandlung derselben beschäftigt, und der Vorredner dürfte somit nicht mehr lange auf das Erscheinen der Vorlage zu warten haben.

Nach kurzen Ausführungen der Abg. Werner (Antik.) v. Jazdzewski (Pol.) und Rebel (Soz.) schließt die Besprechung. — Die Interpellation ist damit erledigt.

Das Haus tritt nunmehr in die erste Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung, mittels der eine Organisation des Handwerks herbeigeführt werden soll.

Abg. Sike (Zentr.) führt aus, das Zentrum bedauere, daß die früheren preussischen Vorschläge nicht ausgiebiger berücksichtigt wären. Es sei jedoch in eingehender Beratung zu der Ansicht gekommen, daß es eine Verweilungspolitik sein würde, falls man alles ablehnen wollte in der Hoffnung, daß später mehr bewilligt werden würde. Das jetzt Gebotene wolle man als Abschlagszahlung betrachten. Redner kritisiert alsdann die Vorlage im einzelnen, wobei er zu verhandelnden Punkten weitergehende Vorschläge beifügt.

Abg. August (lib. Vp.) nimmt eine fast durchweg ablehnende Stellung ein. Speziell verwirft er die Zwangsvereinbarung und spricht den Wunsch aus, daß die Vorlage über die Kommissionsberatung nicht hinaus kommen möchte.

Preussischer Landtag.

Am Montag begann das Abgeordnetenhaus die Beratung des Etats des Finanzministeriums mit der Beschlussempfehlung der Vorlage. Hierzu war eine Anzahl von Änderungsanträgen eingegangen. Finanzminister v. Miquel erklärte sich mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden und bekämpfte alle Änderungsanträge.

Das Abgeordnetenhaus beendigte am Dienstag die Generaldebatte über die Beschlussempfehlung. In der Spezialberatung erklärte sich Finanzminister v. Miquel einverstanden mit dem Kommissionsbeschlusse betr. Gehaltserhöhung der Unterstaatssekretäre um nur 3000 Mk. statt der von der Regierung vorgeschlagenen 5000 Mk. Die Spezialdebatte wurde bis zur Position „Regierungsrate“ einstimmig gefördert. Es blieb überall bei den Kommissionsbeschlüssen.

die Thräne des Verdrußes zu verbergen, die langsam über ihre Wangen rollten.

In diesem Moment wurde bei ihr eine lang gehegte Hoffnung zu Grabe getragen. Ihr Herz hing nicht an dem Lindenhofe, sondern an Schloß Königsegg: in kürzester Zeit mußte der Verwalter der Besitz des Gutes werden und Minna war seine einzige Erbin!

Wenn Konrad Minnas Gatte geworden wäre, so hätte sie fastluliert, wäre es ihr ein leichtes gewesen, sich auf Schloß Königsegg einzuschmuggeln. Ihr höchster Wunsch war es, auf Schloß Königsegg zu leben und zu sterben — dieser Wunsch war nun vernichtet, ein Ding der Unmöglichkeit geworden.

Langsam ließ sie die Hand vom Gesichte sinken, als sie in müdem Tone sagte: „Ich fühle mich angegriffen, laß mich allein.“ Oskar blieb zögernd stehen. „Noch eines, Mutter,“ sagte er sanft; „ich bitte dich, sprich nicht davon, daß Konrad von mir einst den Lindenhof erben soll, noch gehört er nicht uns, wer weiß, ob dies der Fall sein wird.“

Unter den jetzigen Umständen zweifle ich selbst daran,“ lautete die kühle Entgegung der alten Dame. „Sei überzeugt, Oskar, ich werde mich von nun an nie mehr in deine Angelegenheiten mischen.“

Sie winkte ihm mit der Hand, er möge sie verlassen; tief aufseufzend geborgte er dem Wunsche der Mutter.

3.

Vier Jahre waren seit dem soeben Erzählten verfloßen, Konrad hatte den Lindenhof

noch nicht betreten; Oskar kam öfter in die Hauptstadt und brachte stets die herzlichsten Grüße an Melitta mit; auf ihre ungeduldige Frage, wann Konrad endlich einmal kommen werde, hatte der Onkel immer nur die eine Antwort:

„Vielleicht im kommenden Sommer.“

Auf Königsegg war eine große Veränderung vorgegangen; die schöne Minna Hellbrohm hieß jetzt „Frau Baronin“. Baron Königsegg hatte jetzt keinen anderen Ausweg gesehen, um sich vom gänzlich ruinirten Gut zu retten. Hellbrohm hatte alle Schulden seines Schwiegervaters gezahlt und dem jungen Paare jährlich eine bedeutende Rente ausbezahlt, er führte die Verwaltung von dem Gut Königsegg wie zuvor, der Baron verlebte dort mit seiner Gattin die Sommermonate, Frühling und Herbst brachten sie meist in Italien zu, nach der Residenz waren sie noch nicht gekommen.

Durch seine Heirat hatte sich der Baron wenigstens für die erste Zeit in den aristokratischen Kreisen unmöglich gemacht, man verzichtete in der großen Welt eher auf Schulden und leichtfertige Streiche, als eine Mesalliance, wie sich der Baron einer solchen schuldig gemacht.

Minna selbst machte keinerlei Anspruch, in die aristokratischen Kreise der Residenz einzuführen zu werden, sie wußte nur zu gut, daß ihr dort nur Demütigungen bevorstünden, und sie empfand durchaus kein Verlangen danach, die Rolle der huldenden Märtyrerin zu spielen, nach einigen Jahren verfiel man ohnehin, daß sie einst eine simple Verwalterstochter gewesen, dann war es noch immer Zeit, die Stellung